

## **Wiederbewaffnung und Demokratenverfolgung in der Adenauerära**

*Ulrich Sander*

Wegen Kritik eines Schülers und VVN-BdA-Mitglieds an der Bundeswehrwerbung an seiner Schule wurde dem Betroffenen ein „verschärftes Verweis“ wegen einseitiger „linksorientierter Gesinnung“ zuteil.<sup>1</sup> Der von der Pressestelle der Stadt Bamberg verbreitete Verweis wurde bundesweit in den Medien beachtet. So etwas wirkt nicht nur kurios, sondern auch abschreckend – und so war der Verweis wohl auch gemeint. Kommt wieder eine Welle von Sanktionen für Antimilitaristen auf die Jugend zu, so wie in den Gründerjahren der BRD?

### **Wiederverwertung deutscher Faschisten und Militaristen**

Erste Bemühungen um Deutschlands Weiterverwendung als kriegführende antikommunistische Macht verzeichnen wir bereits vor Kriegsende. Zwar war sich Thomas Mann am 20. März 1945 in seiner Rundfunkrede an das deutsche Volk sicher: „Am Rhein, lassen [die Nazi-führer] wissen, werden sie die Waffen niederlegen, wenn man sich mit ihnen verständigt, und alles, was ihnen an Kampfkraft bleibt, im Osten konzentrieren, um das ihnen so teure Europa vor dem ‚Bolschewismus‘ zu bewahren. Kurzum, ihre Hoffnung ist, die demokratischen Mächte zum Verrat an ihrem sozialistischen Verbündeten bereden zu können – einen Verrat, für dessen Infamie ihnen jedes Verständnis abgeht und der ihnen ganz natürlich scheint. [...] Sie haben nie begriffen und begreifen noch heute nicht, dass es mit ihnen, den hundertfach vertragsbrüchigen Kanailen und Schindern der Christenheit, kein Verhandeln und keinen Frieden gibt, dass sie weltunmöglich sind und zu verschwinden haben.“<sup>2</sup> Es erschien jedoch Thomas Mann sicherlich unmöglich, dass das eintritt, was am 15. April 1945 im US-Außenministerium beredet wurde, denn da tagte eine Expertengruppe, mit dabei der spätere Außenminister John F. Dulles. Es wurde protokolliert: „Die Gruppe beschloss [...] Deutschland wieder aufzubauen und dann zu remilitarisieren. Deutschland sollte zu einem ‚Bollwerk‘ gegen Russland gemacht werden.“<sup>3</sup> Und Winston Churchill wies bekanntlich schon vor dem 8. Mai 1945 seinen Oberkommandierenden in Deutschland an, die Deutschen unter Waffen und in Bereitschaft für den gemeinsamen Kampf gegen die Russen zu halten.

Auch viele deutsche Nazis hielten sich im Frühjahr 1945 bereit, gegen den Bolschewismus zusammen mit den Westalliierten weiter zu kämpfen. Sie wussten, dass dabei die freigelassenen Häftlinge, KZler, Todesmarschierer und Zwangsarbeiter, die den Faschisten im Weg sein würden, nur stören könnten. Dies und die panische Russenfurcht führten dazu, dass sich ganz

gewöhnliche kleine Nazis noch in den letzten Kriegsmonaten an Massakern gegen die Opfer der Nazis und Gegner des Krieges beteiligten.<sup>4</sup>

Aber die Fortsetzung des Krieges war insgesamt weder der Mehrheit der internationalen noch der deutschen Öffentlichkeit zu vermitteln. Die Politik der Anti-Hitler-Koalition war nicht so einfach umzuwerfen. So kam es zum Potsdamer Abkommen und zum Urteil des Internationalen Militärgerichtshofs von Nürnberg mit völkerrechtlich verbindlichen Aussagen gegen ein Wiederaufstehen des Militarismus und Nazismus in Deutschland.

Im Jahr 1948 formulierte dann der Stab des neu gegründeten Sicherheitsrates der USA als offizielle US-Politik: „Die Niederlage der Kräfte des von den Sowjets angeführten Weltkommunismus ist für die Sicherheit der Vereinigten Staaten von vitaler Bedeutung.“<sup>5</sup> In jener Zeit wurde der Terror- und Geheimdienst „Fremde Heere Ost“ als „Organisation Gehlen“ (benannt nach dem gleichnamigen Nazi-General) der US-Army dienstbar gemacht. Später, 1956, wurde daraus der Bundesnachrichtendienst BND der Bundesrepublik Deutschland. Die Kriegsverbrecher, die beim BND unterkamen, wurden nie bestraft.

### **Spaltung, Restauration und Wiederbewaffnung**

Heinrich Hannover schrieb über jene Zeit: „In der Stunde Null des Jahres 1945, als sich die Deutschen in dem Ruf ‚Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus!‘ einig zu sein schienen, war es unvorstellbar, daß sie sich noch einmal der Herrschaft des Großkapitals unterwerfen würden, dessen Verantwortlichkeit für den Krieg, die 50 Millionen Toten und die zerstörten Städte damals im öffentlichen Bewußtsein war, was sich in Sozialisierungsaufstellungen einiger Länderverfassungen und sogar im Ahlener Parteiprogramm der CDU niederschlug. Aber die Entfernung des Nazipersonals aus einflußreichen Stellen in Politik, Justiz und Wirtschaft blieb ebenso wie die Einsetzung überlebender Antifaschisten in Regierungsämter und Verwaltungsfunktionen nur Episode. Nur zu bald entdeckten die nur oberflächlich entnazifizierten Deutschen, daß es sich mit amerikanischer Kapitalunterstützung ganz gut leben ließ und daß ihr aus Hitlers Tagen überkommener Antikommunismus durchaus die Sympathien der amerikanischen Besatzungsmacht hatte. Ja, es stellte sich heraus, daß nicht nur die im Kampf gegen die ‚bolschewistische Gefahr‘ bewährten Geheimdienstler, sondern auch Hitlers Wehrmachts-offiziere und Generäle wieder gebraucht wurden, um den Krieg gegen die Sowjetunion vorzubereiten.“<sup>6</sup>

Geschaffen wurde die Bonner Republik, die Spaltung Deutschlands wurde vom Westen vollzogen.<sup>7</sup> Bundeskanzler Konrad Adenauer (CDU) reagierte Zeit seiner Kanzlerschaft geradezu panisch auf Bemühungen, das Potsdamer Abkommen wiederherzustellen und etwa den sowje-

tischen Vorschlägen von 1952 für Deutschlands Einheit, Neutralität und Friedensstatus zu folgen und den antimilitaristischen Regungen in der Bevölkerung Rechnung zu tragen. Er entschied kategorisch: „Die Aufgabe besteht nicht in Wiedervereinigung sondern in Befreiung, Befreiung, das ist unsere Losung“.<sup>8</sup> Schon 1950 arbeitete Adenauer mit Tricks und Betrug an der Wiederaufrüstung: In einem Geheimmemorandum Adenauers vom 29. August 1950 an den US-Hochkommissar McCloy forderte er die Aufstellung deutscher Militäreinheiten unter europäischem Kommando. Das Bekanntwerden dieses Memorandums löste eine Regierungskrise aus. Dr. Gustav Heinemann, Mitbegründer der CDU und Innenminister, trat aus Protest zurück. Und so ging es weiter: Unterzeichnung des Generalvertrages zwischen der deutschen Bundesrepublik, England, Frankreich und der USA am 26. Mai 1952. Er vergrößerte die Rechte der Bundesrepublik, sollte aber vor allem den Weg zum Abschluss eines Vertrages über die „Europäische Verteidigungsgemeinschaft“ (EVG) öffnen. Der EVG-Vertrag sah die Aufstellung deutscher Divisionen unter europäischem Kommando vor; er wurde trotz großen Widerstands 1954 vom Bundestag ratifiziert, scheiterte allerdings an der Mehrheit der französischen Nationalversammlung. So kam es am 23. Oktober 1954 zur Unterzeichnung der Pariser Verträge. Nach dem Scheitern der EVG am französischen Widerstand erfolgte durch die Pariser Verträge die Aufnahme der Bundesrepublik in die NATO. Zugleich bestätigten die Vertragspartner das „Alleinvertretungsrecht der BRD“, für Deutschland zu sprechen.

1956 wurden die allgemeine Wehrpflicht und damit zugleich die Bundeswehr eingeführt. Der Jahrgang 1937 – ab Juli – wurde zuerst einberufen. Der Versuch, auch den Jahrgang 1921 erneut einzuberufen, scheiterte an massiven Protesten eine „Ohne mich“-Bewegung.<sup>9</sup> Dabei war und ist im Grundgesetz vieles eindeutig im Sinne eines Konsenses der Alliierten von 1945/46 geregelt. Artikel 139 zum Beispiel bekräftigt noch heute das Verbot des Faschismus und das der nationalsozialistischen und militaristischen Propaganda. Aber sehr oft hob das Bundesverfassungsgericht die Eindeutigkeit des Grundgesetzes auf – in dieser wie in anderen Fragen. Volksbefragungen zur Rüstung und zu Atomwaffen wurden verboten.<sup>10</sup> Heute sind sogar Angriffskriege laut Karlsruhe erlaubt, obwohl vom Grundgesetztext nach wie vor verboten und einst Hauptanklagepunkt von Potsdam und Nürnberg. Desgleichen die Propagierung von Angriffskriegen. Diese Uminterpretationen haben eine lange Vorgeschichte.

Auf der Grundlage des Verfassungsgerichtsgesetzes vom 12. März 1951 wurde im Herbst des gleichen Jahres das Bundesverfassungsgericht geschaffen. Von 1949 bis 1951 galt allein das Grundgesetz, seitdem gilt es in der höchstrichterlichen Auslegung. Das war von der CDU-Bundesregierung so gewollt. Sie konnte damit dem antimilitaristischen Protest einen Riegel vorschieben, indem das Bundesverfassungsgericht z. B. die KPD verbieten sollte. Von 1951

bis 1964 enthielt das Bundesverfassungsgerichtsgesetz den offenkundig verfassungswidrigen Paragraphen 42, der besagte: „Vorsätzliche Zuwiderhandlungen gegen eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes oder gegen die im Vollzug der Entscheidung getroffenen Maßnahmen werden mit Gefängnis nicht unter sechs Monaten bestraft.“ 10.000 Kommunisten und des Kommunismus verdächtige wurden damals vor allem wegen der Opposition zur Remilitarisierung ohne gültiges Gesetz, nur aufgrund einer Gerichtsentscheidung verurteilt: des KPD-Verbotsurteils vom August 1956. Diese illegalen, weil nicht auf gesetzlicher Grundlage erfolgten Verurteilungen, wurden nie aufgehoben. Die Betroffenen wurden nie rehabilitiert.

### **Die Hintergründe der Remilitarisierung**

In der Geschichtsschreibung der Bundesrepublik wird der Koreakrieg als der auslösende Faktor für die Wiederbewaffnung hingestellt. Der Korea-Konflikt ab Juni 1950 bot den willkommenen Anlass, die Gefahr einer sowjetischen Aggression mit der ganzen Manipulationsmacht der Massenmedien in den schlimmsten Farben zu schildern. Den Kriegsbefürwortern in Westdeutschland erschienen die Massenhysterie, aber auch offene Repressionsmaßnahmen gegen die Friedensbewegung notwendig. So konnte auch die sozialdemokratische Opposition in Deutschland abgewürgt werden.

Schon früh hatten sich hohe Militärs a.D. sowohl über Potsdam als auch über das Grundgesetz hinweggesetzt. Es war – wie wir am Beispiel des Artikels 139 sehen – ein antimilitaristisches Grundgesetz. Die Generäle a.D. jedoch formulierten: „Die Wehrkraft zur Ausfüllung der großen Lücke in der europäisch-atlantischen Verteidigung ist im deutschen Volke wohl vorhanden, doch fehlt in weiten Kreisen noch der Wehrwille. Das deutsche Volk hat sich zu den freiheitlichen Idealen des Westens bekannt, ist aber vielfach innerlich noch nicht bereit, dafür Opfer zu bringen. Durch die Diffamierung der letzten fünf Jahre auf vielen Gebieten menschlichen und staatlichen Seins ist der Behauptungswille und damit auch der Gedanke der Landesverteidigung systematisch untergraben worden.“ So steht es in der lange Zeit geheim gehaltenen Himmeroder Denkschrift, verfasst 1950 von einer Anzahl von Wehrmachtsobersten und -generälen<sup>11</sup> auf einer Tagung im Eifelkloster Himmerod.

Die Denkschrift enthielt auch die Forderung nach „Maßnahmen zur Umstellung der öffentlichen Meinung im In- und Ausland.“ Wörtlich wird verlangt: „Einstellung jeder Diffamierung des deutschen Soldaten (einschließlich der im Rahmen der Wehrmacht seinerzeit eingesetzten Waffen-SS)“<sup>12</sup>. Streit gab es in Himmerod und auch später immer wieder um die Innere Führung. „Das Deutsche Kontingent darf nicht ein ‚Staat im Staate‘ werden. Das Ganze wie der Einzelne haben aus innerer Überzeugung die demokratische Staats- und Lebensform zu beja-

hen.“ Solche Sätze wurden in die Denkschrift auf Drängen des Oberst a.D. Graf Wolf von Baudissin hineingeschrieben. Er wird später der „Vater der Inneren Führung“ genannt werden, der den preußisch-deutschen Militarismus verbannt habe. Etwas nüchterner ist daran zu erinnern: Baudissin war auch zuständig für die Öffentlichkeitsarbeit der Himmeroder! Er sorgte fürs gute Verkaufen der Denkschriftforderungen. Er musste die Pläne zur Rüstung gegen den Osten und zur Rückgängigmachung der Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges – die Pläne für den Krieg – in der Öffentlichkeit „an den Mann beziehungsweise die Frau bringen“. Bedenken mussten zerstreut werden, denn 75 Prozent der Bevölkerung waren strikt gegen einen deutschen Wehrbeitrag.

Ja, die große Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger, vor allem der Jugend, lehnte den Wehrbeitrag ab. Die „Ohne mich“-Bewegung (1950 bis 1956), die Paulskirchenbewegung von 1955<sup>13</sup> und die Beschlüsse der Gewerkschaften<sup>14</sup> zeugten davon. Dennoch verhielten sich die Bundestagsparteien so, als müsse man um diese Menschen als Wähler nicht ringen, als müsse man allenfalls Repressionen gegen allzu beharrliche Kriegsgegner anwenden. Die große Niederlage der SPD, die Adenauer ihr 1957 bei der Bundestagswahl zufügte, machten es ja scheinbar auch deutlich: Eine Antikriegsmehrheit wurde keine Bundestagsmehrheit. So kümmerte man sich um die Vertriebenen und die ehemaligen Soldaten, um sie als Wähler zu gewinnen. Der wehrunwilligen Jugend wurde hingegen mit dem restriktiven Kriegsdienstverweigerungsrecht viele Jahre lang eine hohe Hürde errichtet.

Ein typisches Beispiel aus jener Zeit: Von 1945 bis 1955 galt in ganz Deutschland das alliierte Verbot des Tragens aller Kriegsauszeichnungen der beiden Weltkriege. In der Bundesrepublik musste es dann „mit Rücksicht auf den Aufbau der Bundeswehr einer Revision unterzogen werden“. So steht es im Gesetzeskommentar zum Ordensgesetz.<sup>15</sup> Schon 1953 hatte sich die Bundesregierung von einem Sachverständigenausschuss, bestehend aus den wieder erstarkten, höchst einflussreichen soldatischen Traditionsverbänden, Kriegsoffer- und Heimkehrerorganisationen, raten lassen, weitestgehend die Auszeichnungen der Weltkriege zuzulassen. Allenfalls sollten die Hakenkreuze gestrichen werden. Die „Sachverständigen“ begründeten ihren Vorschlag mit der Geschichtslüge, „dass die Taten der Träger von Kriegsauszeichnungen nicht in Verbindung gebracht werden könnten mit den politischen Zielen, die das nationalsozialistische Regime mit dem Krieg verfolgt habe.“ Die Stellungnahme stand unter dem bezeichnenden, von keiner Regierung seit Mitte der 1950er Jahre angezweifelte Motto „Kriegs- und Tapferkeitsauszeichnungen sind und bleiben ehrwürdig, die Taten ihrer Träger der Anerkennung wert“.

Was die Sachverständigen forderten, das beschloss 1956 der Bundestag. Wie den Bundestagsprotokollen zu entnehmen war, herrschte Einmütigkeit – außer in der Frage, ob neben den Hakenkreuzen auch die Farben Schwarz-Weiß-Rot zu weichen hätten. Die SPD forderte allen Ernstes, aber vergeblich, die Farben der BRD, Schwarz-Rot-Gold, den faschistischen und monarchistischen Orden hinzuzufügen, um sie somit zu „reinigen“. Die Orden der Nazis wurden – nach Entfernung der Hakenkreuze – neu hergestellt und auf Wunsch an „Berechtigte“ ausgegeben.

Im Jahr des Ordensgesetzes werden auch die ersten Wehrpflichtigen, die ab Juli 1937 Geborenen, einberufen. Sie treffen auf Vorgesetzte, die u.a. mit den alten Orden – und mit Geld - in die Bundeswehr geködert wurden. Übrigens: Mitte der 1990er Jahre wurde ein neuer Kommentar zum Ordensgesetz fällig, mit dem die Durchführung des Gesetzes neu geregelt wurde. Während die Legitimierung der Naziorden beibehalten wurde, kam es zu Delegitimierung der DDR-Orden. Denn diese seien für Menschenrechtsverletzungen verliehen worden.<sup>16</sup>

### **Der Widerstand gegen die Wiederbewaffnung**

Die Änderung des Grundgesetzes zur Einführung von Wehrpflicht, Bewaffnung und NATO-Mitgliedschaft war das vordringliche Ziel der CDU/CSU in der ersten Hälfte der 1950er Jahre. In dieser Zeit ergab sich noch einmal ein Aufschwung der Zusammenarbeit von Sozialdemokraten und Kommunisten, vielen Christen und Pazifisten in der Bewegung gegen die Wiederbewaffnung. Dies war vor allem eine Aufgabe der jungen Generation. Die Jugendverbände Freie Deutsche Jugend, Die Falken, Naturfreundejugend, Jungsozialisten und Gewerkschaftsjugend kämpften in vorderster Reihe und oftmals gemeinsam. Um die Bewegung zu zerschlagen, betrieb Konrad Adenauer das Verbot von FDJ und KPD. Beide Verbote setzte er durch. Die Bewegung gegen die Wiederbewaffnung wurde dadurch entscheidend geschwächt. Über zehntausend politische Urteile gegen Kommunistinnen und Kommunisten und andere Mitglieder der Friedensbewegung signalisierten Abschreckung, hinzu kamen 250.000 bis 500.000 Ermittlungsverfahren, Berufsverbote, Entlassungen aus den Betrieben.

Die Zeit der Remilitarisierung hat die politische Kultur unseres Landes bis heute beschädigt. Das Ringen um Frieden mit dem Osten, um die Einheit Deutschlands unter blockfreien, neutralen Vorzeichen, der Antikapitalismus und die Ablehnung der Wiederherstellung der alten Besitz- und Machtverhältnisse waren Straftatbestände, soweit diese Forderungen von Kommunisten und des Kommunismus Verdächtigen – wie der Friedensrat und die Deutsch-Sowjetische Freundschaftsgesellschaft usw. – erhoben wurden.<sup>17</sup> Zum Teil lange Haftstrafen wurden – so in den Fällen Jupp Angenfort, Karl Schabrod, Robert Steigerwald und Herbert

Wils – ausgesprochen. Es gab keine Haftverschonung nach Verbüßung von zwei Dritteln der Haft, wenn die politischen Häftlinge in den 1950er und 1960er Jahren nicht ihrer Gesinnung abschworen. Philipp Müller, ein FDJ-Mitglied, wurde bei einer Massendemonstration der Friedensbewegung in Essen im Mai 1952 von der Polizei erschossen. Schwerstkranke Häftlinge wurden in den Selbstmord getrieben oder starben wie der Bergmann Karl Jungmann nach unterlassener Hilfeleistung im Februar 1956 im Bochumer Gefängnis. Wiederholt wurde festgestellt, dass man politische Häftlinge mit tuberkulösen Häftlingen zusammensperrte, um sie zu gefährden. Besonders widerwärtig wurde mit kommunistischen antifaschistischen Widerstandskämpfern umgegangen, die sich auch in der Zeit des Kalten Krieges für ihre Auffassungen einsetzten. Ihnen wurde die Entschädigungsrente aberkannt, ja, sie wurden zur Rückzahlung der bereits erlangten Zahlungen gezwungen. Die schwerkranke Martha Hadinsky aus Mülheim, Häftling unter Hitler und unter Adenauer, nahm sich das Leben, als sie 1963 die Rückzahlungsforderung in Händen hielt.

Im März des Jahres 1957 wurde gemeldet: Auf westdeutschem Boden lagern bereits seit zwei Jahren Atomwaffen – das gaben die in Westdeutschland stationierten US-Truppen erstmals zu. Eine Protestbewegung unter dem Titel „Kampf dem Atomtod“ bildete sich, zunächst unter Führung der SPD. Sie richtete sich vor allem gegen den Plan der CDU/CSU, eigene Atomwaffen für die Bundeswehr zu erlangen. Doch die Westalliierten wollten die Massenvernichtungsmittel unter ihrer Regie behalten. Sie gaben der Bundeswehr atomare Landminen, nukleare Artilleriegranaten und Luftabwehrsprengköpfe, ohne aber den Deutschen die Verfügungsgewalt über den Einsatz zuzugestehen.<sup>18</sup> Damit wurde die Atomrüstung nicht weniger gefährlich, doch der SPD genügte es.

Konsens in der Friedensbewegung, der Gewerkschaftsbewegung, bei Kommunisten und Sozialdemokraten war bis 1960 die Ablehnung der Wiederbewaffnung und Wehrpflicht – und vor allem der Atomrüstung. Allerdings hatte schon 1956 die SPD durch Zustimmung zur Grundgesetzänderung den Weg zur Wiederbewaffnung freigemacht.

Am 30. Juni 1960 hielt der stellvertretende Vorsitzende der SPD, Herbert Wehner, dann seine verhängnisvolle Rede im Bundestag, um die Sozialdemokratie vollkommen auf die NATO-Linie, die Hochrüstung, die Bundeswehr einzuschwören und sich als „regierungsfähig“ anzubieten.<sup>19</sup> Er nahm den erst ein Jahr zuvor bekanntgegebenen Deutschlandplan<sup>20</sup> der SPD zurück, der ein Mitteleuropa des Friedens und der Entspannung, ohne Militärblöcke und Kernwaffen vorsah. Nun kam das strikte Bekenntnis der SPD zur NATO. Wir wissen heute, dass ein solches Bekenntnis die Voraussetzung für eine Regierungsbeteiligung ist. Das galt

damals für die SPD und später auch für die Grünen. Und es würde auch für die Partei Die Linke gelten.

Ein weiteres Beispiel: Von 1958 bis 1960 durchlief ich eine kaufmännische Ausbildung bei der SPD-Tageszeitung „Hamburger Echo“, die es heute nicht mehr gibt. Im ersten Lehrjahr wurde ich von Chefs und Kollegen aufgefordert, mit zur großen Antiatomkundgebung auf dem Hamburger Rathausmarkt zu kommen, und ich reihte mich gern bei den 150.000 ein. Nachdem ich ab 1960 Mitglied der Leitung der deutschen Ostermärsche wurde und die SPD-Führung auf NATO-Kurs gegangen war wehte ein anderer Wind. Die SPD-Betriebsgruppe verlangte meine Entlassung aus dem Betrieb – allerdings vergeblich. Nicht erfolglos waren die Bemühungen des Wehner-Flügels nunmehr die Repression gegen die Kriegsgegner, bisher eine Spezialität der Adenauer-CDU, in die Hand zu nehmen. Hauptamtliche Kriegsgegner wurden entlassen, ehrenamtliche mit Parteiordnungsverfahren überzogen, wenn sie an der Friedensbewegung festhielten. Besonders die Jugendorganisationen Jungsozialisten und Falken erlitten einen Aderlass; der frühere Atomkriegsgegner und bis 1962 Ostermarschierer Horst Zeidler (Dortmund, Falken-Bundesvorsitzender) tat sich besonders hervor. Unter der Kanzlerschaft von Willy Brandt kam es dann seitens der SPD zur Vorreiterrolle bei den Berufsverboten, auch gegen Antimilitaristen. Die SPD-Verteidigungsminister der sozialliberalen Koalition waren ganz vorn dabei, wenn uniformierte Antimilitaristen, die an Ostermärschen und anderen Friedensaktionen teilnahmen, arretiert und aus der Bundeswehr ausgeschlossen wurden.

Mit dem Umschwenken der SPD und dem Verbot der KPD wurde die Friedensbewegung zwangsläufig, aber auch z.T. erwünscht, parteiunabhängiger. Sie hatte keine Vertretung mehr im Bundestag. Ein historisches Dokument ist der Aufruf zum ersten deutschen Ostermarsch von 1960. „Schon einmal hat man dem deutschen Volk den Vorwurf gemacht, geschwiegen zu haben, wo mutige Worte und Taten notwendig waren. In den Konzentrationslagern – wie Bergen-Belsen – kamen Millionen Menschen ums Leben. Bei Fortsetzung der Versuchsexplosionen und der atomaren Aufrüstung aber drohen der gesamten Menschheit Vernichtung.“ So historisch verantwortungsvoll formuliert begann der Aufruf zum ersten deutschen Ostermarsch der Atomwaffengegner, der 1960 von Hamburg und Bremen zum Raketenübungsplatz Bergen-Hohne (unweit von Bergen-Belsen) führte. Ich gehörte zu den Organisatoren, die dann auch halfen, die Ostermärsche im ganzen Land vorzubereiten. Das geschah auch dadurch, dass wir die Pressearbeit übernahmen und mittels eines alten Fernschreibers, den Arno Klönne besorgte, die Medien mit Ostermarschmeldungen versorgten. Es gelang ein Durchbruch an oppositioneller Medienarbeit. Dass sich die veröffentlichte Meinung der Frie-



denzbewegung zuwendet, ist mit entscheidend für ihren Erfolg. Anfang der 1980er Jahre in der Mittelstreckenraketen-debatte gelang es, die Mehrheit in der öffentlichen Meinung zur Mehrheit auch in der veröffentlichten Meinung zu machen. Heute haben wir z.B. in Sachen Auslandseinsätzen wieder eine Mehrheitsmeinung, aber sie setzt sich nicht durch, die veröffentlichte Meinung ist entscheidend.

### **Fazit: Keine Veränderung ohne Kampf**

Hat sich unser Kampf gelohnt? Kanzlerin Angela Merkel führte zum Lobe des Allensbacher Meinungsforschungsinstituts aus, sie sei zutiefst davon überzeugt, dass es richtig ist, „dass wir eine repräsentative Demokratie und keine plebiszitäre Demokratie haben“, denn: „Wir können im Rückblick auf die Geschichte der Bundesrepublik sagen, dass all die großen Entscheidungen keine demoskopische Mehrheit hatten, als sie gefällt wurden. Die Einführung der Sozialen Marktwirtschaft, die Wiederbewaffnung, die Ostverträge, der NATO-Doppelbeschluss, das Festhalten an der Einheit, die Einführung des Euro und auch die zunehmende Übernahme von Verantwortung durch die Bundeswehr in der Welt – fast alle diese Entscheidungen sind gegen die Mehrheit der Deutschen erfolgt.“<sup>21</sup>

Merkels Äußerung macht ihr zynisches Verhältnis zur Meinung der Bevölkerung deutlich. Demokratie? Keine Spur. Solchen Politikerinnen und Politikern geht es letztlich nur darum, die Macht zu erringen und mit List und Täuschung ihre Politik durchzusetzen. Und daher ist die Opposition unerlässlich. Keine wirkliche Veränderung im Lande ergab sich ohne Kampf – und zwar nicht nur im Parlament. Neben den bestehenden Bewegungen muss auch die Friedensbewegung wieder einen Aufschwung erleben. Diesen gilt es gegen alle Widerstände durchzusetzen, Widerstände, die sich heute weniger in Repressionen zeigen, wenngleich das Bamberger Beispiel beunruhigend ist. Widerstände gegen die Friedensbewegung und Kampagnen für deutsche Kriegsbeteiligung äußern sich derzeit in einer fast gleichgerichteten Mediendarstellung zu Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik. Bedeutende Schritte zur Hochrüstung, wie die Schaffung des Luftkampfzentrums der NATO in Kalkar/Uedem, von wo der Krieg im Osten gesteuert werden soll, kommen in der Berichterstattung nicht vor.

Das Umschwenken von der Anti-Hitler-Koalition zum neuen Feldzug gegen den Osten deutete sich schon vor dem 8. Mai 1945 an. Die Nazis schalteten mögliche künftige Kriegsgegner noch in der Kriegsendphase durch Massenmord aus. Schon vor der Gründung der BRD wurden von den USA Vorkehrungen getroffen, die Experten aus der Wehrmacht und SS wieder für den Kampf gegen den Kommunismus einzusetzen. Die Regierung Adenauer setzte alles daran, die Kriegsgegner auszuschalten und die Bundeswehr aufzubauen. Antimilitaristen

wurden verfolgt, ab 1958 auch mit Hilfe der SPD. Die FDJ und KPD wurden in den 1950er Jahren vor allem deshalb verboten, um Kriegsgegner zu kriminalisieren; später taten die Berufsverbote das übrige. Derzeit werden Propagandaoffensiven zur Militarisierung besonders der Jugend gestartet. Begründet werden sie wie zu Zeiten des Korea-Krieges, nun aber mit dem Blick auf die „russische Aggressionspolitik“ in Osteuropa. Wer sich nicht fügen will, bekommt Druck. Die Wehrpflicht ist zwar abgeschafft, aber die Bundeswehr bietet Ausbildungsplätze an; wer nicht zugreift bleibt auf der Strecke – mit dauerhafter Hartz-IV-Perspektive.

---

<sup>1</sup> Bamberger Linke in [www.wiesentbote.de](http://www.wiesentbote.de) und Spiegel online am 7. März 2012.

<sup>2</sup> Aus einer Rundfunkrede von Thomas Mann, aufgenommen in den USA, vom Londoner Rundfunk (BBC) gesendet am 20. März 1945. Quelle: Thomas Mann: Deutsche Hörer! Fünfundzwanzig Radiosendungen nach Deutschland, Leipzig 1970, S. 140 ff.

<sup>3</sup> Geschichte der Bundesrepublik – Beiträge, Köln 1979 (von Albrecht, Huffschmidt, Deppe u.a.), S. 316.

<sup>4</sup> Siehe dazu Sander: Mörderisches Finale – NS-Verbrechen bei Kriegsende. Zu den Massenmorden der Nazis in der letzten Phase des 2. Weltkrieges, Köln 2008.

<sup>5</sup> Zitiert nach Geschichte..., S. 317.

<sup>6</sup> Ossietzky, Nr. 22/2004, siehe auch Weißbuch der VVN „In Sachen Demokratie“ (Redaktion und Einleitung der Neuherausgabe 2004), Erstauflage 1960.

<sup>7</sup> Rudolf Augstein stellte zwölf Jahre nach der Republikgründung fest: „Die neue deutsche Armee wurde nicht gegründet, um den Bonner Staat zu schützen, sondern der neue Staat wurde gegründet, um eine Armee gegen die Sowjets ins Feld zu stellen - mag diese Ratio den Paten im In- und Ausland auch nicht voll bewusst gewesen sein.“ (Bilanz der Bundesrepublik, Köln 1961).

<sup>8</sup> Siehe Geschichte..., S. 217.

<sup>9</sup> Siehe Vermöhlen, Judick, Sander: Dichtung und Wahrheit vom Februar 2010, unter „Broschüren“ auf [www.nrw.vvn-bda.de](http://www.nrw.vvn-bda.de) und Streiflichter aus 50 Jahren VVN-BdA in NRW, 1996.

<sup>10</sup> 13. März 1950: Der Stockholmer Appell zur Ächtung der Atomwaffen wird gestartet. Der ständige Ausschuss des Weltfriedenskongresses fordert alle Menschen auf, durch ihre Unterschrift eine Ächtung aller Atomwaffen zu verlangen. Den westdeutschen Delegierten wurde die Ausreise verweigert. Die Unterschriftensammlung wurde in der BRD verboten. 24. April 1951: Die Regierung Adenauer verbietet die Durchführung einer Volksbefragung gegen die Remilitarisierung. Dennoch wird ab Juni die Volksbefragung trotz Verbot durchgeführt. Die Volksabstimmung wird von einem überparteilich besetzten Hauptausschuss für die Volksbefragung organisiert. Mehr als 6 Millionen Bürger beteiligen sich trotz Verbot und Verfolgung. Auf die Frage „Sind Sie gegen die Remilitarisierung und für den Abschluss eines Friedensvertrages noch im Jahr 1951?“ antworteten 94,4% mit „Ja“.

<sup>11</sup> Die Denkschrift trug den Titel „Denkschrift über die Aufstellung eines deutschen Kontingents im Rahmen einer übernationalen Streitmacht zur Verteidigung Westeuropas“. Siehe auch Sander: Die Macht im Hintergrund – Militär und Politik in Deutschland, Köln 2004.

<sup>12</sup> Siehe Geschichte..., Seite 335/336. Ferner Sander: Macht im Hintergrund, Köln 2004.

<sup>13</sup> 29. Januar 1955: Paulskirchenbewegung gegen die Pariser Verträge. Mit einem „Deutschen Manifest“ wendet sich die Paulskirchenbewegung gegen die Wiederaufrüstung. Zu den Initiatoren gehören unter anderen Gustav Heinemann, Renate Riemeck und der SPD-Vorsitzende Erich Ollenhauer. 27. Februar 1955: Der Bundestag ratifiziert mit den Stimmen der Regierungsparteien die Pariser Verträge.

<sup>14</sup> 6. Januar 1951: Der DGB-Vorstand beschließt „jedwede Remilitarisierung in Deutschland abzulehnen.“ 4. Oktober 1951: Der zweite DGB-Kongress wendet sich erneut gegen die Remilitarisierung, die die internationale Entspannung und die Möglichkeit der Wiedervereinigung ernsthaft gefährde. 4. bis 9. Oktober 1954: Der 3. ordentliche DGB-Kongress unterstreicht die Ablehnung jeglichen Wehrbeitrags durch die Gewerkschaften.

<sup>15</sup> Siehe Ordensgesetz vom 26. Juli 1957, auch bei Wikipedia. Siehe auch Sander: Macht im Hintergrund, Köln 2004.

<sup>16</sup> DDR-Orden und DDR-Ehrenzeichen zu tragen wurde allen Uniformierten im vereinten Deutschland verboten. Die DDR-Zeichen wurden „in militärischen Anlagen“ untersagt, zumal wenn sie für Taten verliehen wurden, „die aus hiesiger Sicht eine Menschenrechtsverletzung darstellen“. Diese „hiesige Sicht“ bedeutet: Es wurde das

---

Bandenkampfabzeichen, das Hitler und Himmler den Massenmördern verliehen hatte, weiter geschützt, die DDR-Medaille für den Kämpfer gegen den Faschismus wurde geächtet.

<sup>17</sup> Die Urteile wurden begründet mit „Geheimbündelei“, „Staatsgefährdung“, „Landesverrat“, „Rädelsführerschaft“ und „kommunistische Wühltätigkeit“.

<sup>18</sup> In den Medien ließen die USA tröstliche Meldungen verbreiten wie „McNamara: Ein Atomkrieg würde nur ein paar Dutzend ‚Megatote‘ kosten“. McNamara war damals der US-Verteidigungsminister. Das Hamburger Echo vom 28. November 1962, das die Meldung dreispaltig verbreitete, rechnete vor: Ein Megatoter bedeutet eine Million Tote.

<sup>19</sup> Siehe Hamburger Echo vom 5. Juli 1960.

<sup>20</sup> Wortlaut in Hamburger Echo vom 19. März 1959.

<sup>21</sup> Rede zur Vorstellung des Allensbacher Jahrbuchs der Demoskopie „Die Berliner Republik“, 2010.